

Bayern ist und bleibt das attraktivste Bundeswehrland

Die CSU-Fraktion **begrüßt** grundsätzlich die **Reform der Bundeswehr** hin zu einer **schlanken, leistungsstarken und schnell einsatzfähigen Truppe**.

Neue Bedrohungslagen und unterschiedliche Auslandseinsätze vom westlichen Balkan über Afrika bis nach Afghanistan erfordern bereits heute gut ausgebildete, einsatzfähige Soldatinnen und Soldaten, Expertenwissen und eine bestmögliche Ausrüstung. Aufgrund dieser neuen Herausforderungen muss die **Bundeswehr weiterentwickelt** werden. Die zentrale Aufgabe der Bundeswehr ist es, Deutschlands Bevölkerung zu schützen. Diese Aufgabe kann unsere Bundeswehr am besten als **Freiwilligenarmee** erfüllen.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir unsere **Position zur Bundeswehrstrukturreform und deren Auswirkungen** auf Bayern noch einmal deutlich gemacht.

Darin begrüßen wir, dass die Bundeswehr wie gefordert auch nach der Umsetzung der Reform **flächendeckend in ganz Bayern und gerade auch im strukturschwachen ländlichen Raum präsent** ist. Bayern ist und bleibt Bundeswehrland. Die **gute Zusammenarbeit** zwischen dem Frei-

staat Bayern und der Bundeswehr soll **intensiv fortgesetzt** werden. So soll die Staatsregierung darauf hinwirken, dass der **genaue Zeitrahmen** für die Umsetzung der Reform **so bald wie möglich bekanntgegeben** wird.

Darüber hinaus haben wir die Staatsregierung aufgefordert, sich **beim Bund dafür einzusetzen**, dass die **strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen** der unabwiesbaren Standortschließungen und Truppenreduzierungen **angemessen kompensiert** werden sowie für die betroffenen Kommunen ein **entsprechendes Förderprogramm** aufgelegt wird.

Die Staatsregierung soll sich ferner für den **Fortbestand einer wettbewerbsfähigen wehrtechnischen Industrie** in Bayern einsetzen. Diese Unternehmen spielen für die Bundeswehr und ihre Bündnispartner im Einsatz eine wichtige Rolle. **Bayern profitiert** von einer **modernen, wettbewerbs- und leistungsfähigen sowie eigenständigen wehrtechnischen Industrie** und ist somit Hort innovativen Know-hows in **strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien**. Deshalb soll die Staats-

regierung bei der Bundesregierung auf zukunftsfähige Lösungen drängen.

Bereits heute leistet die Bundeswehr bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen den zivilen Helfern Unterstützung, wenn diese an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen. Durch die Reduzierung von Dienstposten und der Truppenstärke werden die **Reservisten nach der Wehrreform immer wichtiger.**

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in unserem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass in Bayern ein **Heimatschutzregiment mit vier Bataillonen zu je mindestens 1.000 Reservisten mit Standorten in Oberbayern, Niederbayern/Oberpfalz, Schwaben und**

Franken eingerichtet wird. Dieses Regiment soll die bayerischen Katastrophenschutzkräfte bei Unglücksfällen und Katastrophen ergänzend unterstützen und so die erfolgreiche Zusammenarbeit auch nach der Strukturreform weiter fortsetzen.

Wir **unterstützen ausdrücklich** die auf ihrer Jahreskonferenz vom 26. bis 28. Oktober 2011 beschlossene **Forderung** der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder **an die Bundesregierung**, zur Erleichterung des Strukturwandels eine **verbilligte Abgabe** der zu Verteidigungszwecken nicht mehr benötigten **Liegenschaften** zu ermöglichen und die **Sanierung etwaiger Altlasten zu übernehmen.**

Nein zur Vergemeinschaftung von Schulden der Euro-Länder – Nein zu Euro-Bonds

In einem weiteren **Dringlichkeitsantrag** haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass wir die **Vergemeinschaftung der Schulden** der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone sowie die **Einführung von Euro-Bonds**, wie sie von einer Reihe der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone und der EU-Kommission befürwortet werden, **entschieden ablehnen.** Außerdem spricht sich die CSU-Fraktion **gegen eine uneingeschränkte Beistandsgarantie der Europäischen Zentralbank (EZB)** für die Euro-Staaten aus. Beides wäre ein nicht wieder gut zu machender Bruch der vertraglichen

Grundlagen der Europäischen Währungsunion.

Verpflichtende Grundlage für die Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zur Währungsunion mit der Einführung des Euro waren die **finanzielle Eigenverantwortung** der Euro-Staaten, der **Haftungsausschluss** für Schulden anderer Euro-Staaten sowie die **vorrangige Verpflichtung der EZB auf die Sicherung der Preisstabilität des Euro.**

Die Vergemeinschaftung der Schulden der Euro-Staaten und die Beistandsgarantie der EZB für Schuldnerstaaten

der Euro-Zone würden den Zwang der Euro-Schuldnerstaaten zur Stabilitätspolitik beseitigen, die Verwirklichung einer Stabilitätsunion unterlaufen und den deutschen Steuerzahlern unverantwortliche Zusatzlasten aufbürden.

Deshalb **unterstützen wir die Bundesregierung** in ihrem **Nein zu Euro-Bonds** und in ihrem Einsatz für die

Durchsetzung der Stabilitätskultur in allen Eurostaaten. Außerdem fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass Forderungen aus dem In- und Ausland nach einer Vergemeinschaftung der Schulden der Euro-Länder **auch künftig nicht nachgegeben** wird.

Verbesserung der Personalsituation bei den staatlichen Feuerwehrschohlen

Die Bayerischen Feuerwehren sind für die CSU-Fraktion ein **tragender Pfeiler in der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr**.

Um die hohe Qualität und Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren auch künftig gewährleisten zu können, muss die **Ausbildungssituation an den drei staatlichen Feuerwehrschohlen nachhaltig verbessert** werden.

Wir **begrüßen** daher ausdrücklich die Ankündigung der Staatsregierung, im Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2012 das **Personal an den staatlichen Feuerwehrschohlen um weitere 25 Stellen aufzustocken**. Zusammen mit den im Doppelhaushalt bereits geschaffenen 15 Stellen wird das Personal der staatlichen Feuerwehrschohlen damit **um insgesamt 40 Stellen** erhöht. Diese Verstärkung dient zur Deckung des stark gestiegenen Aus- und Fortbildungsbedarfs an den staatlichen Feuerwehrschohlen.

Neben der Aufstockung des Lehrpersonals ist es zudem erforderlich, die

Verdienst- und Qualifizierungsmöglichkeiten des Lehrpersonals der staatlichen Feuerwehrschohlen **deutlich zu verbessern**.

Die CSU-Fraktion begrüßt es daher, dass **für das vorhandene Lehrpersonal seit 1. Juli 2011 Zulagen** gewährt werden. Wir unterstützen zudem die beabsichtigte **Neugestaltung der Inhalte der Ausbildungsqualifizierung** für das Lehrpersonal durch eine pädagogische Ausbildung vergleichbar der Ausbildung der Fachlehrer an beruflichen Schulen.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir die Staatsregierung weiter aufgefordert, die **Eingruppierungsrichtlinien zu überarbeiten** und die **Bezahlung des Lehrpersonals** im Beschäftigtenverhältnis entsprechend den Regelungen im TV-L **zu verbessern**.

Außerdem soll geprüft werden, ob und wie die **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt** für junge Frauen und Männer bei der inhaltlichen und zeitlichen Ausgestaltung der Lehr-

gangsangebote der staatlichen Feuerweherschulen verbessert werden kann. **Ziel ist es**, auch dem weiblichen Füh-

rungskräftenachwuchs die Teilnahme an den Lehrgangsangeboten zu ermöglichen.

Solidarität mit den fränkischen Winzern

Die **fränkischen Winzerbetriebe** haben in den vergangenen Jahren vielfältige Investitionen getätigt sowie auf dem nationalen und internationalen Weinmarkt viele Auszeichnungen errungen. Jetzt gilt es, diesen **erfolgreichen Winzern** über die negativen Auswirkungen einer extremen Witterungssituation **hinweg zu helfen**.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, die infolge eines außergewöhnlich starken Spätfrostes **erheblich geschädigten fränkischen Winzer** im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel **zu unterstützen**.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, **ob es möglich und notwendig ist, direkte Zuwendungen** (Ausgleichszahlungen) vor allem an die kleineren Betriebe und Traubenerzeuger zu leisten, durch staatliche Zuschüsse die **Zinsbelastungen der Winzer** für Darlehen bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank **zu reduzieren** sowie die **Fördersätze** für eine flächige Neubepflanzung erfrorener Weinberge bzw. für die Nachpflanzung einzelner ausgefallener Rebstöcke **anzuheben**.

Bericht zur Beteiligung Privater bei der kommunalen Verkehrsüberwachung

In verschiedenen Medienberichten wurde in jüngster Zeit **infrage gestellt**, ob die **rechtlichen Vorgaben**, insbesondere die gemeindliche Kontrollpflicht und Verfahrensverantwortung, von den Kommunen **hinreichend beachtet** werden.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit **über die Praxis der Beteiligung Privater bei der kom-**

munalen Verkehrsüberwachung zu berichten.

Dabei soll **insbesondere** darauf eingegangen werden, wie viele bayerische Kommunen bei der Verkehrsüberwachung Dienste privater Unternehmen in Anspruch nehmen, welche Tätigkeiten von privatem Personal konkret übernommen werden und ob die Kommunen die in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 12.05.2006 zur „Verfolgung und Ahndung von Verstö-

ßen im ruhenden Verkehr sowie Geschwindigkeitsverstößen durch Gemeinden“ vorgegebene Beaufsichti-

gung der privaten Tätigkeiten hinreichend wahrnehmen.

Ausbau von Tele- und Wohnarbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung

Die **demographische Entwicklung** ist auch für den **Öffentlichen Dienst in Bayern** eine große **Herausforderung**.

Um im **Wettbewerb mit privaten Arbeitgebern um die besten Köpfe des Landes** bestehen zu können, muss der Öffentliche Dienst attraktiv bleiben.

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung daher **in einem Antrag** aufgefordert, den **Ausbau von Tele- und Wohnarbeitsplätzen** in der öffentlichen Verwaltung im Rahmen der vor-

handenen Mittel **nachhaltig voranzutreiben**.

Personalverantwortliche Entscheiderinnen und Entscheider sollen **künftig konsequent dahingehend geschult** werden, dass beschäftigten Männern und Frauen aufgrund besonderer Lebensumstände **passgerechtere Stellen angeboten** werden können. Bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** soll der öffentliche Dienst in Bayern eine **Vorreiterrolle** einnehmen und solche Angebote bewerben.

Weitere Maßnahmen und sonstige Initiativen

Score-Wert

Verbraucherinnen und Verbraucher werden häufig damit konfrontiert, dass durch Auskunftsteien persönliche Daten über sie gespeichert werden und daraus ein **sog. „Score-Wert“ ermittelt** wird.

In einem **Berichts Antrag** haben wir die Staatsregierung daher aufgefordert, zu berichten, **welche Formen von Kontrollen** der Firmen, die persönliche Daten Dritter zur Ermittlung von Score-Werten sammeln, sowie von Firmen,

die Scoringverfahren durchführen und deren Ergebnisse nutzen, **derzeit existieren**.

Außerdem soll der Bericht darauf eingehen, **wer die rechtliche Aufsicht** führt, wie **sichergestellt** wird, dass die **Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes** in diesen Fällen auch tatsächlich **eingehalten** werden, ob **Verstöße** gegen das Datenschutzgesetz **bekannt sind** und wenn ja, welche **rechtlichen Konsequenzen** gezogen werden, um künftiges Fehlverhalten zu verhindern.

Entwicklung des Frauen- und Mädchenfußballs

In einem **weiteren Antrag** hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport über die zahlenmäßige **Entwicklung des Frauen- und Mädchenfußballs im Vereins- und Schulsport** in Bayern und über den **Stand der Talentförderung** von Fußballerinnen im Freistaat **zu berichten**.

Subsidiarität – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den

Europäischen Fonds über die Anpassung einer Globalisierung

In einem **weiteren Antrag** haben wir die Staatsregierung aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates zum „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (2014 bis 2020)“ **auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen**. Sie soll ferner darauf hinwirken, dass diese Bedenken **Eingang in die Stellungnahme des Bundesrates** finden.